

Kein Grund zur Entwarnung – im Gegenteil!



Brandenburg hat im Osten die längste ehemalige EU-Außengrenze. Innenminister a. D. Schönbohm behauptete bei der Umsetzung des Schengener Abkommens (Wegfall der Grenzkontrollen), dass sich keine erhöhte Kriminalität in der Grenzregion ergeben wird. Wer dem widersprach, war ein so genannter Anti-Europäer. Die Gewerkschaft der Polizei forderte, dass vor der Umsetzung des Schengener Abkommens die rechtlichen Voraussetzungen für eine effektive Zusammenarbeit im Bereich der Polizei und Justiz zwischen Deutschland und Polen getroffen werden müssen. Man kann nicht einfach die Grenzen öffnen und dann schauen, was passiert.

Aber da sich nach Auffassung der Innenpolitiker auf Bundes- und Landesebene mit der Grenzöffnung nur Chancen und keine Risiken ergeben, hielt man es auch nicht für notwendig, diese Rechtsgrundlagen auf den Weg zu bringen. Und außer Absichtserklärungen ist auch heute nicht viel mehr passiert. Es gibt maximal Zusammenarbeit auf dem so genannten kleinen Dienstweg, die sich aber ständig im Grenzbereich des rechtlich zulässigen bewegt.

Innenminister a. D. Speer verneinte ebenfalls, dass es überhaupt Grenzkriminalität gibt. Innenminister i. D. Woidke nimmt zur Kenntnis, dass es Grenzkriminalität auf einem sehr hohen Niveau gibt und zu einer erheblichen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger in der Grenzregion, aber auch der mittelständischen Unternehmen, führt.

Es gibt nicht nur ein hohes soziales Gefälle zwischen Brandenburg und Polen, sondern auch zu den anderen osteuropäischen Ländern. Dadurch gibt es einen enormen „Absatzmarkt“ für Diebesgut und hier insbesondere für gestohlene Kfz. Die Anleitungen für Kfz- oder Wohnungsaufbrüche sind im Internet nachlesbar und die Tatwerkzeuge leicht zu erwerben. So lange es lukrativer ist, Wohnungen aufzubrechen oder Kfz zu stehlen, als einer geregelten Arbeit nachzugehen, gibt es auch genügend Helfer.

Diese Situation wird sich nicht heute, nicht morgen und auch nicht in zehn Jahren ändern!

Die Brandenburger Polizei hat reagiert. Die Schaffung einer BAO-Grenze mit 95 Mitarbeitern an sechs Standorten, der Einsatz der Bereitschaftspolizei, die Bekämpfung der sogenannten Grenzkriminalität in den Polizeidirektionen und an der Fachdirektion LKA zeigen erste Erfolge. Diese sind jedoch nur der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Die Bereitschaftspolizei ist nicht – wie in den Medien dargestellt – mit drei Hundertschaften, sieben Tage in der Woche, an der Grenze eingesetzt. Und es ist auch nicht ihre Hauptaufgabe. Fußballspiele, Demonstrationen, Einsätze in anderen Bundesländern (die notwendig sind, sonst unterstützen uns andere Bundesländer nicht in Brandenburg), Aus- und Fortbildung, Urlaub und auch Krankheit führen automatisch dazu, dass nicht mal eine Hundertschaft pro Abend eingesetzt werden kann. Der Dienst ist meistens in der Nacht. Und am Wochenende laufen

dann die erstgenannten Einsätze. Familienleben für unsere Kolleginnen und Kollegen ist dabei fast gleich „Null“.

Und als Dank unseres Innenministers dürfen sich die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei diese Zeiten später nicht einmal bei der Verkürzung der Lebensarbeitszeit anrechnen lassen. Der Verheiratetenzuschlag fällt zukünftig auch noch weg.

Wenn man alles zusammenfasst, sind das wohl kaum ideale Voraussetzungen zur Motivation junger Kolleginnen und Kollegen für den Polizeiberuf.

Und auch die BAO-Grenze muss hinterfragt werden. Nach 2 ½ Jahren wird sie zukünftig der Fachdirektion LKA zugeordnet. Geht sie in die AAO einer Direktion ein oder gibt es eine eigene Dienststelle Grenzkriminalität? All diese Fragen sind offen und werden keiner Lösung zugeführt.

Und täglich grüßt das Murmeltier

Es findet das tägliche Hase-und-Igel-Spiel statt. Die Straftäter auf der Jagd nach dem schnellen Geld sind technisch gut ausgerüstet und verfügen über modernste Informationsmöglichkeiten. Sie spähnen unsere Kontrollpunkte aus und begehren erst dann ihre Straftaten, wenn sie sicher sind, dass sie nicht entdeckt werden und schnellstmöglich über die Autobahn die Flucht gen Osten antreten können.

Insgesamt ist die Polizeiarbeit eher auf Verdrängung als auf Ermittlung ausgerichtet

Durch die unter enormer Kraftanstrengung hoch gehaltene Polizeipräsenz in der Grenzregion ist ein Verdrängungseffekt entstanden. Die Diebe weichen in Großstädte wie Berlin oder Hamburg aus oder ziehen nach Niedersachsen und

Fortsetzung auf Seite 2

KOMMENTAR

Fortsetzung von Seite 1

Nordrhein-Westfalen. Es wurde also nicht – wie durch den Innenminister erklärt – ein Rückgang, sondern eine Verdrängung erreicht, die sofort wieder rückgängig gemacht wird, wenn wir aufgrund des Personalabbaus die Polizeipräsenz in der Grenzregion deutlich absenken müssen.

Trotz der gewissen Verdrängung bleibt die Situation besorgniserregend.

Beweis: Frankfurt (Oder) ist nach wie vor die Hauptstadt des Kfz-Diebstahls in Deutschland.

Die Schlussfolgerung kann nur sein, den Personalabbau in der Brandenburger Polizei zu stoppen, Organisationsformen für eine **dauerhafte** Bekämpfung der Grenzkriminalität zu finden und vertragliche Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und Polen zur Bekämpfung der Grenzkriminalität zu fixieren (ein europäischer Haftbefehl reicht nicht; eine

europäische Ermittlungsanordnung ist längst überfällig).

Leicht sinkende Fallzahlen in der Region und punktuell leicht gestiegene Aufklärungsraten sind das Ergebnis der Arbeit einer Polizei am Limit; aber auf Dauer kein Trend.

*Andreas Schuster***AKTUELLES****Was sonst so passierte ...**

Unter dieser Überschrift informiert unser Gewerkschaftssekretär Michael Peckmann in Form eines „Tagesbuches“ auszugsweise aus der Arbeit der GdP-Zentrale in Potsdam.

Februar 2013**1. Februar 2013**

Wir wollen unsere Internetseiten für die bereits seit einiger Zeit laufende

GdP-App überarbeiten. Dazu sind wir in der GdP-Bundesgeschäftsstelle, wo wir in das zugrunde liegende System eingewiesen werden.

Die entsprechenden Seiten werden gleich vor Ort überarbeitet, so dass unsere App „schick“ ist. Jetzt fehlen nur noch die Dateien für einen Schichtdienstplaner ...

11. Februar 2013

Wir haben einen Termin mit der Signal-Iduna Versicherung, die ja zahlreiche Leistungen der GdP absichert (u. a. Unfallversicherung, Regressversicherung), und besprechen die Gestaltung der Zusammenarbeit im Jahr 2013.

14. Februar 2013

Im Rahmen der laufenden Tarifverhandlungen findet vor dem Kongresshotel in Potsdam eine Demonstration statt. Wir bereiten mit zahlreichen Kolleginnen und Kollegen aus Berlin und Hamburg sowie von GEW, Verdi den Verhandlungsführern der Länder einen gebührenden Empfang.

19. Februar 2013

Auf dem Nachbargrundstück werden umfassende Abrissarbeiten durchgeführt. Unser Vermieter prüft unsere Räume, ob diese evtl. in Mitleidenschaft gezogen wurden. Bis auf ein paar Risse in der Tapete ist alles i. O.

22. Februar 2013

Wir bedanken uns in Form eines Events bei unseren aktivsten Kolleginnen und Kollegen aus den Kreisgruppen.


25. Februar 2013

Sitzung des Geschäftsführenden Landesbezirksvorstandes: Schwerpunktthemen sind die laufende Tarifrunde, unser Einsatz gegen die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Kennzeichnungspflicht in Brandenburg sowie Fragen der Mitgliederbetreuung innerhalb unserer GdP.

27. Februar 2013

Auf unsere Initiative hin fand eine Erörterung mit dem Innenministerium zum Gesetzentwurf, der u. a. die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Beamten regelt, statt. Der Innenminister wird an diesem Entwurf keine Änderungen mehr vornehmen. Korrekturen dieses Gesetzes liegen jetzt in der Verantwortung der Landtagsabgeordneten. Wir informieren noch am gleichen Tag auf unserer Homepage.

Michael Peckmann

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (Vi.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



Anzeige Poliservice



Nicht nur für Senioren – KG Barnim in Kooperation mit „tuk“ bieten an

Grevesmühlen, Open Air Theater (21. 6. bis 15. 9. 2013) + Schwerin + Wismar

TERMIN: 18. 8. bis 19. 8. 2013

1. Tag

Sonntag, 18. 8. – Unterwegs nach Schwerin

Schwerin, in herrlicher Lage am Südufer des Schweriner Sees, hat 1990 an seine Geschichte als einstige mecklenburgische Residenz- und Landeshaupt-

- Anreise Schwerin
- Rundfahrt mit der „Petermännchen Bahn“
- Freizeit
- individuell Mittag im Stadtzentrum
- Hotel beziehen
- Nachmittagsveranstaltung Open Air Theater nach Grevesmühlen
- Abendessen im Hotel

2. Tag

Montag, 19. 8. 2013 - Wir sind Gast in der Hansestadt Wismar und fahren mit dem Schiff zur Insel Poel

... in der alten und lebendigen Hansestadt an der Ostsee mit all ihren interessanten Sehenswürdigkeiten, Bau- und Kulturdenkmälern, Angeboten, Eindrücken und Geschichten, ihrem unverwechselbaren Flair.

... die bezaubert mit der Romantik von Hafen, Seefahrt, Fischerei und Hanse, den sorgsam restaurierten Bürgerhäusern, dem einzigartigen Marktplatz, den Denkmälern der Backsteingotik, den Cafés, Restaurants und Hotels und den gastfreundlichen Wismarern.

Erleben Sie mit uns Wismar bei einem Stadtrundgang inkl. Mittagessen. Danach schippern wir zur Insel Poel und schließen den Nachmittag mit einem Plausch bei einer Tasse Kaffee ab.

Gesamtpaket der gebuchten Leistung

- Fahrt im modernen Komfortreisebus + Bordservice
- 1 Ü/Hotel, DZ/DU/WC/HP
- Stadtrundfahrt mit „Petermännchen Bahn“ in Schwerin

- Eintrittskarte Theater Open Air Theater in Grevesmühlen
- Stadtrundgang Wismar mit Mittagessen
- Schiffsausflug zur Insel Poel, inkl. Kaffee trinken
- Reiseleitung

Termin: 18. 8. bis 19. 8. 2013

Preis: Pro Person im Doppelzimmer 148 € (bei 35 Personen), 162 € (bei 30 Personen)

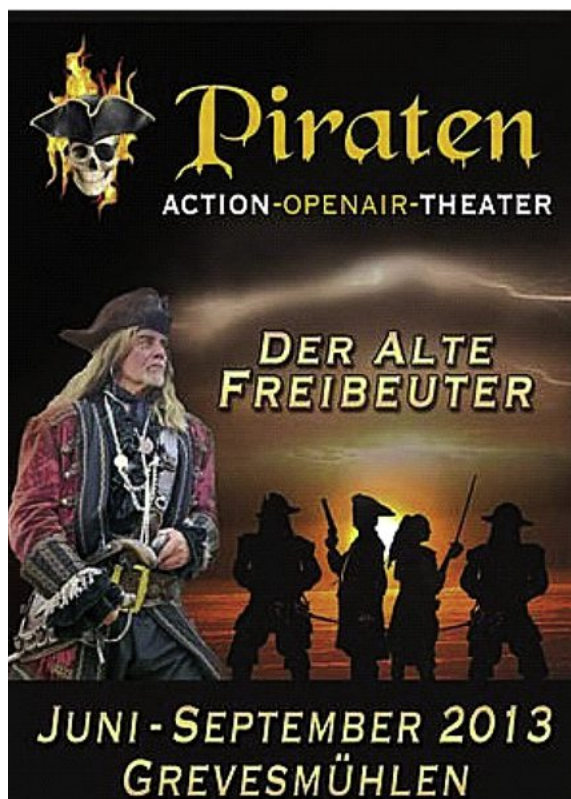
Einzelzimmerzuschlag: 15 €

Zustieg in Eberswalde und Bernau

Anmeldung bis 15. 5. 2013 per Mail an Jutta.Tomczak@Polizei.Brandenburg.de

I.A.

Wolfgang Frick



stadt angeknüpft und ist nun Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern geworden. Sie ist Mecklenburgs älteste Stadt – bereits 1160 wurde sie von Heinrich dem Löwen gegründet. Die liebevoll restaurierte Altstadt schmücken zahlreiche Bauten aus dem 18./19. Jh. – ein Juwel ist das Schloss mit der Schlosskapelle und dem Schlossgarten auf einer Insel im Schweriner See.

TAUSCHGESUCH

Tauschpartner gesucht !!!

Von Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern

Ich, 21 Jahre alt und PM'in, suche aus privaten Gründen einen Tauschpartner aus der Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern.

Ich selbst bin Angehörige der Bereitschaftspolizei im Land Brandenburg und versee derzeit meinen Dienst in der 2. Einsatzhundertschaft in Oranienburg. Der Tauschpartner sollte möglichst im mittleren Dienst sein.

Sollte sich die/ der ein oder andere angesprochen fühlen, so nehmt doch bitte unter den nachfolgenden Kontaktdaten Verbindung mit mir auf.

Kontakt:

Mobil: 01 73/769 13 05

E-Mail privat: jessie1311@gmx.de

E-Mail: dienstlich: jessica.bruckauf@polizei.brandenburg.de



SENIOREN

Zu Besuch bei den Senioren der GdP Elbe-Elster!

Am 21. Februar trafen sich die Senioren zu ihrer ersten Zusammenkunft im neuen Jahr.

Thema unserer ersten Veranstaltung war ein Reisebericht über Italien und Capri. Herr Schlinger ist nicht das erste Mal Gast bei den Senioren. Er versteht es hervorragend, über seine Reisen zu berichten, untermalt mit vielen bunten Dias. Wer noch nicht dieses Land besucht hat, wird hier angeregt, dieses Land zu besuchen.

Für uns Senioren war es eine Überraschung, als Kollege Thomas Ballerstaedt (Leiter der Inspektion Elbe-Elster) uns in Begleitung vom Kollegen Elsel besuchte.

Vor einem Jahr war der Besuch vom Kollegen Ballerstaedt schon mal angesagt, jedoch aus dienstlichen Gründen war sein Stellvertreter Kollege Elsel zu uns gekommen.

Bevor Kollege Ballerstaedt uns über polizeiliche Veränderungen im Dienstbereich informierte, berichtete er uns über seinen Weg von Beginn seiner Zu-



Mit Thomas Ballerstaedt (R. i. B.) im Gespräch Bild: S. Richte

gehörigkeit in der Polizei bis zur jetzigen Dienststellung. Ebenfalls erwähnte er, dass seine Heimat Prösen in unserem Kreis Elbe-Elster ist.

Für uns war interessant zu erfahren, dass sich einige Veränderungen der Struktur im Kreis ergeben haben. Z. B., dass die Verkehrspolizei oder die Kriminalabteilung außerhalb des Dienstbereiches eingegliedert wurden. Es wurden Ausführungen zum Unfallgeschehen des letzten Jahres erläutert, wobei ein hoher

Anteil von Verkehrsunfällen mit Wild zu verzeichnen war.

Bei Delikten von Straftätern muss man jedoch erwähnen, das es meist unsere eigenen Bürger sind und nur ein geringer Teil von Ausländern verübt wird. Eine Zunahme bei Straftätern unter Drogen musste festgestellt werden und sollte sehr ernstgenommen werden. Die Anzahl der Polizisten im Wachdienst wird auch stabil bleiben, aber es wäre wünschenswert, wenn wir über mehr Polizisten verfügen könnten.

Es war für uns sehr wichtig, über die Situation im Kreis ausreichend Auskunft zu erhalten. Kollege Ballerstaedt wird weiterhin stets bereit sein, uns Auskunft zu geben und den Kontakt mit den Senioren pflegen. Es wird auch die Zeit kommen, wo wir ihn als Senior in unseren Reihen begrüßen können.

Für uns war die Veranstaltung erneut der Beweis, dass der Kontakt zu den Polizisten im Dienstbereich gepflegt wird und Vertreter der Dienststelle gern gesehen werden. **Siegfried Richter**

RECHTSSCHUTZ

Danke schön

Der von mir in einer Strafsache beauftragte Rechtsanwalt hatte bei der Staatsanwaltschaft bzw. bei der verfahrensführenden Dienststelle der Landespolizei Sachsen Akteneinsicht beantragt. Mir wurde dann mitgeteilt, dass das gegen mich geführte Verfahren durch die Staatsanwaltschaft Leipzig eingestellt wurde. Die Gebühren rechnete der Anwalt gegenüber der Gewerkschaft der Polizei ab. Ich kann mich nur für die schnelle Zusage der Unterstützung durch die GdP bedanken. Ich danke auch Frau Hansen und Herrn Kirchoff von der Kreisgruppe Zentraldienst der Polizei.

Heiko Berger

An einem Freitag im Mai 2011 kam ich im Rahmen einer Bedrohungslage bei einer bekannten Gubener Adresse zum Einsatz. Eigentlich hätte ich an meinem

Geburtstag ja zu Hause bleiben und es mir gutgehen lassen sollen, aber die Personalstärke lies das an diesem Tag nicht zu. Nach erfolgreicher Einsatzbewältigung und Fertigung der entsprechenden Schriftlage ging ich davon aus, mit dem Sachverhalt abschließen zu können. Weit gefehlt, denn offensichtlich war ein Beschuldigter mit den polizeilichen Maßnahmen nicht einverstanden und es kam, wie es kommen musste: er erstattete Anzeige gegen die handelnden Polizeibeamten.

Auch wenn es leider oft Alltag für Polizisten ist, Beschuldigter in einem Ermittlungsverfahren zu sein, so ist es doch eine unschöne Situation, aus der man sich möglichst schnell wieder befreien möchte. Als GdP-Mitglied erinnerte ich mich an die Möglichkeit, Rechtsschutz zu beantragen, was ich in der Folge bei meiner

Kreisgruppe Süd auch tat. Nach Weiterleitung des Antrages an unseren GdP-Landesbezirk nach Potsdam wurde dieser von unseren Kollegen geprüft und sehr schnell positiv beschieden. Mit anwaltschaftlicher Vertretung gelang es, dass das Ermittlungsverfahren Anfang 2013 durch die zuständige Staatsanwaltschaft eingestellt wurde. All das kostet Geld und ist nicht selbstverständlich. Es ist beruhigend zu wissen, in entsprechenden Situationen Hilfe von unserer Gewerkschaft der Polizei zu erhalten. Dafür möchte ich mich auf diesem Wege recht herzlich bei allen Beteiligten, besonders bei unserem Kreisgruppenvorsitzenden Holger Schiffner und dem Kollegen Michael Peckmann vom Landesbezirk Brandenburg bedanken.

**Matthias Rammholdt,
GdP-Kreisgruppe Süd**



Mit einem Lachen in den Sommer: Das LPO präsentiert Murat Topal

Neue Konzertformate, etwas für jüngere Leute – das war das, was Christian Köhler bei Amtsantritt beim Landespolizeiorchester versprochen hat. Gemeinsam mit seinem Orchester hat er Wort gehalten. Pop und Jazz wird vermehrt gespielt, ein Riesenkonzert mit der „Queen-Symphony“ in der Berliner Philharmonie fand im vergangenen Oktober statt, was, ganz nebenbei, auch ein großes Bildungsprojekt für jüngere Leute war. Annähernd 300 junge Sängerinnen und Sänger und über 2000 Zuschauer im Saal machte er dort mit seiner Auffassung von zeitgemäßer Arbeit des Polizeiorchesters bekannt. Ein durchschlagender Erfolg – selbst der RBB war vor Ort und berichtete zur Primetime im Fernsehen.

Aber es geht weiter: Das LPO holt ein in ganz Deutschland bekannten Kabarettisten, ja einen wahren Kabarett-Star nach Potsdam: Murat Topal! Ein Programm, was das Publikum begeistern



Das Landespolizeiorchester

Bilder: Orchester



Murat Topal

und das Orchester in einem ganz neuen Lichte zeigen wird. Murat Topal, ein deutscher Türke und ehemals Polizist in Berlin-Kreuzberg, erzählt aus seinem reichhaltigen Alltag und von Erlebnissen

bei der Berliner Polizei. Das LPO liefert den passenden Soundtrack dazu. Gemeinsam mit Murat Topal zeigt das Orchester die lustigsten und schönsten Abenteuer aus dem Innenleben ihrer Polizei.

Murat Topal, Deutschtürke und gebürtiger Berliner, arbeitete zehn Jahre lang als Polizist in Berlin-Neukölln und -Kreuzberg, bevor er sich ganz dem Dasein als Comedy-Künstler widmete.

Doch das Multitalent kann noch mehr: Mittlerweile ist Murat Topal auch als Buchautor, Schauspieler und Stuntman erfolgreich.

Sieben Jahre, drei abendfüllende Programme, vier Buchveröffentlichungen, zwei Radiocomedy-Serien und ungezählte Live- und TV-Auftritte später zieht es Murat Topal nun zum ersten Mal zum LPO Brandenburg.

Er performt in seiner gewohnt unnachahmlichen Mischung aus pointiertem Witz, zündenden Musiknummern und einem gleichermaßen humor- wie liebevollen Blick auf die vielen absonderlichen Typen der Gattung Mensch und deren bisweilen seltsame Rituale – haarsträubende Spezialaufträge inklusive.

Für das Landespolizeiorchester dürfte das Konzert sicherlich ähnlich erfolg-

reich verlaufen, wie die gesamte Konzertsaison 2012/2013. Einer ersten Zwischenbilanz folgend gab es bei einzelnen Konzerten im Nikolausaal Auslastungssteigerungen von um die 30%, in Zahlen ausgedrückt bis zu 400 Zuschauer mehr als im Vorjahr.

Ähnliches lässt sich aus Frankfurt/Oder vermelden. Belastbare Zahlen aus anderen Städten und Gemeinden gibt es noch nicht, es wird aber erwartet, dass der Trend dort ebenfalls nach oben zeigt.

Am 14. April präsentiert das Landespolizeiorchester sein Jahresprogramm für die Spielzeit 2013/14, was an die erfolgreiche Spielzeit dieses Jahres anknüpfen soll.

Eines hat Köhler versprochen: Das Ohr nah beim Publikum und ab und zu mal ein Experiment. Eines davon wird er in der nächsten Spielzeit wagen: Ein Konzert für Rockband und großes Orchester soll es geben, außerdem wollen sie gemeinsam mit dem Freundeskreis wegen des durchschlagenden Erfolges nochmal die Queen-Symphony auf den Spielplan setzen.

Karten für das Konzert mit Murat Topal am Sonntag, 14. April 2013, um 18.00 Uhr gibt es unter 03 31/2 88 88 28 oder unter www.nikolaisaal.de



Im Gespräch mit Ministerpräsident Matthias Platzeck

Am 15. Februar 2013 trafen sich Vertreter der Kreisgruppe Uckermark mit dem Ministerpräsidenten Matthias Platzeck in dessen Wahlkreisbüro in Angermünde. Bei diesem ca. einstündigen Gespräch fand ein Meinungsaustausch zu folgenden Themen statt:

1. Lebensarbeitszeit

Im Gespräch machten wir deutlich, dass der gegenwärtig vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit von der GdP abgelehnt wird. Unsere Position für den Polizeivollzugsdienst ist nach wie vor: Verlängerung nur auf freiwilliger Basis für maximal zwei Jahre, wenn gesundheitlich dem nichts im Wege steht und ein dienstlicher Bedarf besteht.

Auf die in Folge des Personalabbaus steigende Arbeitsverdichtung der bereits jetzt schon enormen durchschnittlichen Krankenzeiten (2011 = 32 Tage) haben wir erneut hingewiesen. Ebenso auf die politischen Aussagen der SPD und der Linken zur Rente mit 67 auf Bundesebene und das widersprüchliche Handeln der Landesregierung in Brandenburg. Natürlich wurde durch den Ministerpräsidenten auch wieder das Beispiel vom „Stahlkocher“ in Eisenhüttenstadt bemüht, der ja schließlich auch bis 67 arbeiten muss und erheblichen Belastungen unterliegt. Andere Bundesländer hätten ja das Lebensalter für Polizeivollzugsbeamte schon erhöht. Das Argument in Bezug auf die „Stahlkocher“ konnte von uns schnell widerlegt werden, hier greifen eine ganze Anzahl von innerbetrieblichen Regelungen, die es diesem Personenkreis ermöglichen, bereits mit 60 und früher in Rente zu gehen. In unserer Diskussion stützten wir uns darauf, dass in anderen Bundesländern durchweg moderatere Regelungen in Kraft getreten sind als der in Brandenburg vorliegende Gesetzentwurf vorsieht. Zum größten Teil wird den Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes in anderen Bundesländern, die besonderen Erschwernissen unterliegen, nach wie vor ermöglicht, mit 60 Jahren ohne Abschläge in Pension zu gehen. Wie erwartet gab es in dieser Frage keinen Konsens. Das heißt für uns, wir

werden unsere Gespräche mit im Landtag vertretenen Entscheidungsträgern sowie weitere gewerkschaftliche Aktionen solange fortsetzen, bis der Gesetzentwurf zurückgezogen oder verändert wird.

2. Besoldung

Hier machten wir deutlich, dass der Stand der Besoldung in Brandenburg im Ranking der Bundesländer Ausdruck der Wertschätzung der Landesregierung gegenüber den Beamten des Landes Brandenburg ist. Mit anderen Worten, wir erfahren nur eine geringe Wertschätzung, anders ist der vorletzte Platz in diesem Ranking nicht zu erklären. Monatliche Gehaltsunterschiede von bis zu 600 € zum Spitzenreiter im Ländervergleich sind bei gleicher Arbeit unseren Beamten nicht vermittelbar und auch nicht gerechtfertigt. Da es sich hier nur um das Grundgehalt handelt, potenzieren sich die Unterschiede noch weiter. Bereits sechs Bundesländer haben so gut wie keinen mittleren Dienst mehr, sondern nur noch gehobenen und höheren Dienst. Während der Billigpolizist in Brandenburg mit A 7 beginnt (und in dieser Besoldungsgruppe etliche Beamte nach 20 Dienstjahren noch sind!), beginnt man anderswo mit A 9! Die Erschwerniszulagenverordnung wurde im Gegensatz zu anderen Bundesländern in Brandenburg auch zum 1. Januar 2013 nicht angepasst. Aufwandsentschädigungen z. B. bei Diensthundeführer sind auf dem Niveau von 1994. In diesem konkreten Fall zahlt der Polizeibeamte monatlich ca. 50 € von seinem eigenen Gehalt, damit das Eigentum des Landes, hier der Diensthund ordnungsgemäß versorgt wird und der Polizei als wichtiges Einsatzmittel erhalten wird.

Ministerpräsident Platzeck verwies auf den demographischen Wandel, den Schuldenabbau des Landes sowie den auslaufenden Solidarpakt. Die Verabschiedung eines Brandenburger Besoldungsgesetzes zum 1. Juli 2013 ist geplant. Zur Erschwerniszulagenverordnung brachte er zum Ausdruck, dass diese gegenwärtig überarbeitet wird mit dem Ziel, eine Anpassung vorzunehmen.

3. Kriminalpolizei in der Uckermark

Durch die Kreisgruppe wurde zum Ausdruck gebracht, dass auch die aktuelle Kriminalitätsstatistik, die in der Gesamtheit zwar gegenüber 2007 positiv ausfällt, insgesamt jedoch nicht zufriedenstellen kann. Insbesondere Tageswohnungseinbrüche sowie Diebstähle aus Firmen beunruhigen zunehmend die Einwohner und Gewerbetreibenden der Uckermark. Personelle Engpässe im Bereich der Schutz- und Kriminalpolizei sind reformbedingt nicht auszugleichen. Auch der Einsatz zusätzlicher Kräfte der Bereitschaftspolizei (die nur zeitweise tätig sind) ist keine langfristige Lösung. Interventionen der eingesetzten Kräfte haben sich verlängert (für Statistiken wird nur noch die reine Fahrtzeit von der Wache! zum Ereignisort gerechnet). Aufgrund der Fläche und der damit verbundenen Struktur der Kriminalpolizei kommen Spezialbereiche wie z. B. der KDD; KT erst nach erheblichen Zeiten am Einsatzort an. Es wurden auch nochmals die aus der Strukturreform resultierenden Probleme MEGA, Fahndung, Ausstattung mit Pkw, Personalaufteilung, Krankenstände und Beförderungen, Zentrab usw. angesprochen und mit konkreten Beispielen unterlegt. Man merkte, dass einiges so aus dieser Sichtweise von unserem Gesprächspartner noch nie gesehen und durchdacht wurde. Dem Ministerpräsidenten wurden auf dessen Wunsch hin die vielfältigen vorgebrachten und mit konkreten Beispielen unteretzten Diskussionsstichpunkte übergeben. Er wird diese dem Innenminister und auch dem Polizeipräsidenten zukommen lassen.

Trotz teilweise unterschiedlicher Positionen verlief das Gespräch in einer sachlichen Atmosphäre. Der Ministerpräsident schlug vor, zu den genannten Problemen weiter im Gespräch zu bleiben. Folgetermine sollen vereinbart werden.

**Wolfgang Britt,
Axel Bluhme**



Tombola 2013 Grüner Stern



Hauptgewinn:

**Suzuki Bandit
650S ABS**

2. Preis:
IPAD2 von APPLE
mit WI-FI + 3G 16 GB

Lose sind bei den Kreisgruppen der GdP erhältlich.
Gewinnziehung am 27.04.2013. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

SUZUKI

